

**Antrag 222/I/2024****Forum Netzpolitik****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Beschaffung des Bundes vernetzt, agil und offen gestalten: Investitionen in Open-Source-Plattformen als Schlüssel für eine moderne Verwaltung**

1 In Zeiten umfassender Digitalisierung von Gesellschaft,  
2 Wirtschaft und Arbeitswelt steht die öffentliche Verwal-  
3 tung an einem Wendepunkt und braucht dringend einen  
4 Digitalisierungsschub. Doch aktuell dominiert die Abhän-  
5 gigkeit von Software-Monopolisten, trotz der fortschrittli-  
6 chen Vereinbarungen der Ampel im Koalitionsvertrag, die  
7 digitale Souveränität zu sichern, unter anderem durch das  
8 Recht auf Interoperabilität und Portabilität, das Setzen  
9 auf offene Standards, Open Source und europäische Öko-  
10 systeme, sowie für öffentliche IT-Projekte offene Stan-  
11 dards sowie die Beauftragung und öffentliche Bereitstel-  
12 lung von Software als Open Source als Regel festzuschrei-  
13 ben. Die Regierung investiert stattdessen hauptsächlich  
14 in proprietäre Lösungen und konterkariert damit ihre ei-  
15 genen Ziele. Open Source, d. h. Software deren Quellcode  
16 unter einer freien Lizenz verfügbar ist, bietet für die gro-  
17 ßen Herausforderungen der Zeit Lösungen, da es Agilität,  
18 Transparenz und Unabhängigkeit fördert, benutzerorien-  
19 tierte Innovationen und stärkt die digitale Souveränität  
20 unterstützt .

21

22 Wir fordern daher eine generelle Priorisierung von Open-  
23 Source-Software in IT-Beschaffungsprozessen der öffent-  
24 lichen Verwaltung, um in den Vergabegrundsätzen und  
25 entsprechenden Gesetzen eine produkt- und anbieter-  
26 neutrale Auswahl zu gewährleisten, Lock-In-Effekte pro-  
27 prietärer Software zu vermeiden und die digitale Souve-  
28 ränität durch interoperable, nachhaltige und frei zugäng-  
29 liche Technologien zu stärken.

30

31 Im Einzelnen:

32 1. Wir fordern eine generelle Priorisierung von Open-  
33 Source im Vergabeverfahren in Bundes- und Lan-  
34 desgesetzen, insbesondere durch entsprechende  
35 rechtssichere Klarstellung in den Grundsätzen der  
36 Vergabe im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschrän-  
37 kungen (GWB), flankiert durch Klarstellungen in On-  
38 linezugangsgesetz und E-Government-Gesetz. Der-  
39 zeit erfolgen öffentliche Beschaffungen in der Re-  
40 gel nicht produkt- und anbieterneutral, so dass eine  
41 Vorfestlegung auf übliche Anbieter stattfindet. We-  
42 gen des Systemcharakters von Software mit dem be-  
43 sonderen Aspekt der offenen Standards, der Kompa-  
44 tibilität und den Gesichtspunkten von Kooperation  
45 und Nachhaltigkeit ist eine generelle Bevorzugung  
46 daher zwingend, um insbesondere Lock-In-Effekten

- 47 bei Einsatz proprietärer Software entgegenzuwir-  
48 ken und eine langfristige Umstellung der Verwal-  
49 tung zu bewirken, die für die Erreichung des Ziels  
50 der Herstellung digitaler Souveränität der Verwal-  
51 tung am effektivsten erscheint.
- 52 2. Wir werden für IT-Beschaffungen des Bundes ge-  
53 setzlich verankern, dass neue Anwendungen und  
54 Technologien mit offenen Schnittstellen sowie of-  
55 fenen Standards ausgestattet werden müssen, um  
56 eine weitreichende Interoperabilität zu gewährleis-  
57 ten und diese hierüber nutzbar zu machen, wo-  
58 bei neue Anwendungen und Technologien mög-  
59 lichst abwärtskompatibel sein sollen. Der Einsatz  
60 von Open-Source-Software soll danach vorrangig  
61 vor solcher Software erfolgen, deren Quellcode  
62 nicht öffentlich zugänglich ist und deren Lizenz  
63 die Verwendung, Weitergabe und Veränderung ein-  
64 schränkt sowie Anwendungen und Technologien  
65 eingesetzt werden, die über ihren gesamten Lebens-  
66 zyklus nachhaltig sind. Ausnahmen sind zu begrün-  
67 den und die Begründung von der jeweiligen Behör-  
68 denleitung zu prüfen. Bei neuer Software, die von  
69 der öffentlichen Verwaltung oder speziell für diese  
70 entwickelt wird, ist der Quellcode unter geeignete  
71 Open-Source-Lizenzen (wie z.B. EU-PL und GPL) zu  
72 stellen und zu veröffentlichen, soweit keine zwin-  
73 genden Gründen (beispielsweise sicherheitsbezo-  
74 gene Risiken) dem entgegen stehen. Auch in diesem  
75 Fall muss zugleich der Quellcode zumindest intern  
76 zugänglich sein und selbst weiterentwickelt werden  
77 können, um die digitale Souveränität zu stärken.
- 78 3. Wir setzen uns dafür ein, dass Bund, Länder und  
79 Kommunen in Deutschland ihre **Marktmacht**  
80 als **“Big Buyers”** strategisch nutzen, um die  
81 Entwicklung und Beschaffung von innovativer  
82 und nachhaltiger Software durch gemeinsame  
83 Initiativen und Crowdfunding-Modelle voranzu-  
84 treiben. Insbesondere sollen sie ihre Ressourcen  
85 bündeln, um Produkt- und Anbietervielfalt im  
86 Open-Source-Bereich zu fördern und durch ko-  
87 ordinierte gemeinsame Beschaffungsvorhaben  
88 qualitativ hochwertige, interoperable und kosten-  
89 effiziente Softwarelösungen zu schaffen, die die  
90 digitale Souveränität und Innovationsfähigkeit der  
91 öffentlichen Verwaltung stärken.
- 92 4. Wir werden Beschaffungsprozesse **KMU-** (kleine  
93 und mittlere Unternehmen) und damit innovations-  
94 freundlicher gestalten, insbesondere durch proakti-  
95 ve Marktansprache, Reduzierung des Verwaltungsaufwands,  
96 Anpassung der Auswahlkriterien an die  
97 Bedürfnisse von Innovatoren, stärkere Aufteilung  
98 von Aufträgen in Lose und Priorisierung von Open-  
99 Source, mit dem Ziel, den Zugang zur Auftragsver-

100 gabe zu erleichtern und ein innovationsförderndes  
101 Ökosystem zu schaffen. Es ist zudem zu prüfen, wie  
102 das Eignungskriterium, Referenzprojekte vorzuwei-  
103 sen nicht mehr zur unüberwindbaren Einstiegshür-  
104 de für innovative KMUs und Start-Ups werden kann.  
105 Der regionale, nationale und europäische Mittel-  
106 stand profitiert mit diesen Maßnahmen in besonde-  
107 rer Weise von einem aktiven Open Source Ökosys-  
108 tem.

109

110

#### 111 **Begründung**

112 Die Notwendigkeit, agil, vernetzt und transparent zu  
113 operieren, ist klarer denn je. Zeitgleich hinkt Deutsch-  
114 land bei der Modernisierung seiner Behörden deutlich  
115 hinterher. Laut dem EU-Index für digitale Wirtschaft  
116 und Gesellschaft (DESI) liegt Deutschland bei den digi-  
117 tal verfügbaren Verwaltungsleistungen im EU-Vergleich  
118 nur auf Platz 18. Zudem besteht eine kritische Abhän-  
119 gigkeit der öffentlichen Hand von einzelnen Software-  
120 Monopolisten, die Kundenanforderungen wie Informati-  
121 onssicherheit unzureichend adressieren. Die Ampel hat  
122 jüngst neue großzügige Rahmenverträge mit den übli-  
123 chen Software-Giganten geschlossen, allein mit Oracle  
124 und Microsoft in Höhe von sechs Mrd. Euro - Geld das für  
125 den Aufbau von guten Alternativen fehlt.

126

127 Die Zukunft einer agilen und digital souveränen Verwal-  
128 tung beruht auf dem Grundsatz der Offenheit und Zusam-  
129 menarbeit. Durch die Priorisierung von Open Source Soft-  
130 ware in der digitalen Transformation können wir eine Ver-  
131 waltung aufbauen, die resilient, flexibel und im besten  
132 Interesse der Bürgerinnen und Bürger handelt. So schaf-  
133 fen wir eine öffentliche Hand, die nicht nur auf die heuti-  
134 gen Herausforderungen reagieren kann, sondern auch für  
135 die Zukunft gerüstet ist. Open-Source-Plattformen und  
136 -Ökosysteme bieten den Schlüssel für eine erfolgreiche  
137 Transformation, indem sie nicht nur die digitale Souverä-  
138 nität und Unabhängigkeit fördern, sondern auch eine Ba-  
139 sis für innovative, kollaborative und benutzerorientierte  
140 Lösungen schaffen. Open-Source-Anwendungen können  
141 von jedem frei verwendet, im Quellcode eingesehen, nach  
142 Bedarf weiterentwickelt, weiterverbreitet und wiederver-  
143 wendet werden.

144 Zwar hatte die Ampel im Koalitionsvertrag vereinbart, die  
145 digitale Souveränität zu sichern, unter anderem durch das  
146 Recht auf Interoperabilität und Portabilität, das Setzen  
147 auf offene Standards, Open Source und europäische Öko-  
148 systeme, sowie für öffentliche IT-Projekte offene Stan-  
149 dards sowie die Beauftragung und öffentliche Bereitstel-  
150 lung von Software als Open Source als Regel festzuschrei-  
151 ben.

152 In der Praxis handelt die Regierung jedoch konträr. Die

153 Haushaltsmittel für im Koalitionsvertrag vereinbarte zen-  
154 trale Open-Source-Projekte in der öffentlichen Verwal-  
155 tung wie das Zentrum für digitale Souveränität (ZenDiS)  
156 wurden halbiert. Und auch Zahlen aus der IT-Beschaffung  
157 zeigen, dass die Ampel wie ihre Vorgängerregierungen  
158 fast ausschließlich teure proprietäre Software beschafft  
159 - allen Lippenbekenntnissen zugunsten von Open Source  
160 zum Trotz. Selbst der für die Digitalstrategie zuständige  
161 Minister Wissing musste eingestehen, dass die von sei-  
162 nem Haus eingekauften IT-Dienstleistungen im Zusam-  
163 menhang mit proprietärer Software, 99,5 Prozent des Ge-  
164 samtvolumen von ca. 3,5 Milliarden Euro beansprucht  
165 hätten. Statt der angekündigten Multi-Cloud-Strategie  
166 mit mindestens einer Open-Source-Cloud beauftragt der  
167 Bund ausschließlich proprietäre Cloud-Anbieter. Es ist  
168 dringend an der Zeit, die Ziele aus dem Koalitionsvertrag  
169 zeitnah umzusetzen.

170 Mit ihrer enormen Marktmacht, die sich aus jährlichen  
171 Ausgaben von rund 500 Milliarden Euro zusammensetzt,  
172 besitzt die öffentliche Verwaltung ein gewaltiges Poten-  
173 tial, tiefgreifende Veränderungen im Bereich der digi-  
174 talen Infrastruktur und der Verwaltungsmodernisierung  
175 herbeizuführen. Durch die strategische Ausrichtung ihrer  
176 Beschaffungspolitik auf Open-Source-Software und da-  
177 mit zusammenhängende Dienstleistungen kann sie nicht  
178 nur die Digitale Souveränität und Agilität der Verwaltung  
179 maßgeblich stärken, sondern auch den Markt für freie Pro-  
180 dukte und Dienstleistungen nachhaltig beeinflussen und  
181 vorantreiben.

182

183 Der Schlüssel zu dieser digitalen Souveränität und Agili-  
184 tät liegt in der umfassenden Adoption von Open Source  
185 Software (OSS). Open Source bietet eine robuste Grundla-  
186 ge für die Entwicklung flexibler, interoperabler und nach-  
187 haltiger digitaler Infrastrukturen, die nicht nur die Ver-  
188 handlungsmacht der öffentlichen Hand stärken, sondern  
189 auch eine kollaborative und innovative Entwicklungsum-  
190 gebung fördern. Durch die Nutzung von OSS können Kom-  
191 munen, Länder und der Bund nicht nur ihre Abhängigkeit  
192 von einzelnen Anbietern reduzieren, sondern auch die Si-  
193 cherheit und Anpassungsfähigkeit ihrer digitalen Lösun-  
194 gen erhöhen. Der Einsatz von Open Source Software för-  
195 dert Wechselmöglichkeiten und reduziert Abhängigkei-  
196 ten, stärkt die Gestaltungs- und finanzielle Flexibilität,  
197 verbessert Informationssicherheit und Datenschutz und  
198 treibt Innovationskraft und Wettbewerb voran.

199

200 Die Förderung von Open Source in der öffentlichen Ver-  
201 waltung unterstützt zudem die Umsetzung agiler Me-  
202 thoden. Agile Prozesse, gekennzeichnet durch iterative  
203 Entwicklung, schnelle Feedback-Zyklen und enge Zusam-  
204 menarbeit zwischen Entwicklern und Anwendern, sind es-  
205 senziell, um in einer sich ständig wandelnden digitalen

206 Landschaft bestehen zu können. Open Source fördert ei-  
207 ne solche Agilität, indem es flexible, modulare Lösungen  
208 bietet, die sich schnell an neue Anforderungen anpassen  
209 lassen und die kollaborative Innovation unterstützen.

210

211 Um diese Vision zu verwirklichen, müssen jedoch be-  
212 stehende Hürden überwunden werden. Dazu gehören  
213 uneinheitliche technische Standards, komplexe Abstim-  
214 mungsprozesse, rechtliche und formale Hindernisse so-  
215 wie finanzielle und organisatorische Herausforderungen.  
216 Es erfordert eine konzertierte Anstrengung aller Beteilig-  
217 ten – von kommunalen IT-Dienstleistern bis hin zu Ent-  
218 scheidungsträgern auf Bundesebene –, um ein Ökosys-  
219 tem zu schaffen, in dem Open Source nicht nur gefördert,  
220 sondern als integraler Bestandteil der digitalen Verwal-  
221 tungsinfrastruktur betrachtet wird. Die Ampelregierung  
222 investiert hingegen trotz der Vereinbarungen im Koaliti-  
223 onsvertrag fast ausschließlich in proprietäre Lösungen [1].

224

225 In einigen Bundesländern ist man diesbezüglich schon  
226 weiter als auf Bundesebene. So ist in Schleswig-Holstein  
227 und Thüringen der Vorrang für Open-Source-Software  
228 und offene Standards bei der Beschaffung bereits verbind-  
229 lich im Vergabe- oder E-Government-Gesetz geregelt. Die-  
230 se Vorbilder zeigen die großen Chancen der Verwaltung  
231 ihre Marktmacht effektiver einzusetzen. Die positiven  
232 Praxisbeispiele werden untermauert von einem Rechts-  
233 gutachten von Professor Andreas Wiebe von der Georg-  
234 August-Universität Göttingen zu Fragen der rechtsicheren  
235 Umsetzung mit Blick auf Vergabe-, Wettbewerbs-, Kartell-  
236 und Verfassungsrecht. Die Priorisierung von offenen Lö-  
237 sungen muss jetzt auch auf Bundesebene in Gesetzes-  
238 form gegossen werden [2].

239

240 Fußnoten: [1] Antwort der Bundesregierung auf die  
241 kleine Anfrage von Anke Domscheit-Berg u.a. zur  
242 Bedeutung von Open Source Software im Bund  
243 und die Stärkung der digitalen Souveränität der  
244 Bundesverwaltung [[https://mdb.anke.domscheit-  
245 berg.de/wp-content/uploads/231205\\_KA\\_OpenSource-  
246 Beschaffungswesen-Antwort-BuReg\\_Geschwaerzt.pdf](https://mdb.anke.domscheit-berg.de/wp-content/uploads/231205_KA_OpenSource-Beschaffungswesen-Antwort-BuReg_Geschwaerzt.pdf)]  
247 [2] Gutachten zur vorrangigen Beschaffung von Open  
248 Source Software, Prof. Dr. Andreas Wiebe, LL.M. Lehrstuhl  
249 für Bürgerliches Recht, Wettbewerbs- und Immaterialgü-  
250 terrecht, Medien- und Informationsrecht Georg-August-  
251 Universität Göttingen [[https://osb-alliance.de/wp-  
252 content/uploads/2023/06/Studie-Wiebe-OSS-OSBA-  
253 Var8.pdf](https://osb-alliance.de/wp-content/uploads/2023/06/Studie-Wiebe-OSS-OSBA-Var8.pdf)]